

Bund will bei Flughäfen mitreden

Das Bundesamt für Zivilluftfahrt (Bazl) schlägt vor, dass künftig allein der Bund über das Pistensystem an Landesflughäfen entscheiden kann.

Der Vorschlag findet sich in einem vertraulichen Diskussionspapier, welches das Bazl Anfang Jahr in einem Workshop zur zweiten Teilrevision des Luftfahrtgesetzes präsentierte. Eingeladen waren unter anderem Vertreter der Flughafenkantone, von Skyguide und von der Luftwaffe. Damit wäre laut Bazl unter anderem festgelegt, «welche Kapazitäten der Flughafen bereitstellen muss, wie das Pistensystem zu gestalten und zu dimensionieren ist und wie die grundsätzlichen An- und Abflugrichtungen liegen». Auch die Betriebszeiten wären in einer solchen Infrastrukturkonzession geregelt.

Würden derartige Bestimmungen ins revidierte Luftfahrtgesetz aufgenommen, könnte der Kanton Zürich nicht mehr abschliessend über Pistenerlängerungen entscheiden. Bislang haben der Kantonsrat und allenfalls die Stimmberechtigten das letz-

te Wort, falls wegen des Fluglärm-Staatsvertrages Verlängerungen nötig werden.

Heftige Kritik am Bazl-Vorgehen

Wie Bazl-Sprecher Daniel Göring sagt, handelt es sich bei den Vorschlägen nur um «erste Ideen»; diese habe man vor dem eigentlichen Gesetzgebungsprozess den massgebenden Aviatikkreisen präsentieren wollen. Die Vorschläge seien mit dem zuständigen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Uvek) nicht im Detail abgesprochen worden. «Es ist auch völlig offen, ob und in welcher Form die Ideen in die Vernehmlassungsvorlage Eingang finden», sagte Göring weiter.

Der Co-Präsident des Schutzverbands der Bevölkerung um den Flugplatz Buochs NW, Paul Mazenauer, kritisiert das Vorgehen des Bazl. Kritischen Stimmen wie die Schutzverbände der Flughafen-Anwohner und die nationalen Umweltverbände seien dabei «offensichtlich schlicht unerwünscht» gewesen. (SDA)